

An die
Damen und Herren
des Bau- und Umweltausschusses

Beratungsvorlage

zu TOP I.4. der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 02.09.2009

Abschluss einer Vereinbarung mit dem Deichverband Meerbusch-Lank bezüglich der Herstellung eines Radweges im Zuge der Deichsanierung des Abschnittes Rheinkilometer 753,8 (südlicher Anfang der Ortslage Meerbusch-Langst-Kierst) bis Rheinkilometer 760,4 (nördliche Stadtgrenze)

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Umweltausschuss ermächtigt die Verwaltung mit dem Deichverband Meerbusch-Lank eine Bau- und Unterhaltungsvereinbarung über die Herstellung eines Radweges im Zuge der Deichsanierung Meerbusch-Lank II.BA abzuschließen.

Begründung:

Mit Schreiben vom 23.07.2009 teilt der Deichverband der Stadt Meerbusch mit, dass – zumindest für die Stadt Meerbusch überraschend – seitens der Bezirksregierung Düsseldorf dem Deichverband die Bewilligung einer Zuwendung für die Deichsanierung zwischen Stromkilometer 753,8 und 760,5 – linkes Ufer – zugesagt wurde.

Nach derzeitigem Sachstand soll mit dem Bau am 01.04.2010 begonnen werden. Um in der Ausschreibung auch die von der Stadt Meerbusch zu bezahlenden und zu unterhaltende Radwege aufnehmen zu können, ist es nunmehr – wie bereits beim I: BA geschehen – erforderlich, mit dem Deichverband eine Vereinbarung abzuschließen, die folgendes regelt:

- Planung
- Baudurchführung
- Abnahme und Überwachung der Gewährleistung
- Unterhaltung
- und Verwaltungskosten.

Für die Radwege wurde von der Stadt Meerbusch im Jahre 2007 ein Antrag auf Zuwendung nach dem Förderprogramm kommunaler Radwegebau gestellt. Der Regionalrat hat in seiner Sitzung am 27.03.2007 die Aufnahme der Maßnahme mit einem Kostenvolumen von 481.000€ und einem Fördersatz von 60% der förderfähigen Kosten beschlossen. Aufgrund der aktuellen Preisentwicklung wurde seitens der Stadt nunmehr die damalige Kostenschätzung überarbeitet und der Bezirksregierung neue – auf den Kostenschätzungen der Bewilligung für die Sanierung des Rheindeiches basierende – Gesamtkosten gemeldet. Entgegen der ursprünglichen Schätzung belaufen sich die geschätzten Kosten nunmehr auf ca. 723.000 Euro, bei einer zu erwartenden Zuwendung von 60 % bedeutet dies einen Eigenanteil von ca. 290.000 Euro.

Verwaltungsseitig wird davon ausgegangen, dass es letztendlich zu einem günstigeren Abrechnungsergebnis der Baumaßnahme kommen wird.

Lösung:

Die Verwaltung schlägt vor, wie im Beschlussvorschlag im Einzelnen dargestellt, zu entscheiden.

Baubeginn: April 2010

Voraussichtliches Bauende: Oktober 2011

Kosten/Deckung:

Die Haushaltsmittel stehen bei der Haushaltsstelle U 120 016 02 (510.000 Euro VE) sowie durch eine entsprechende VE-Übertragung in Höhe von 213.000 Euro zur Verfügung.

Personalaufwand:

Betreuungsaufwand

In Vertretung


Dr. Jean Gerard
Techn. Beigeordneter

Anlage